



Pressemitteilung vom 28.11.2011

Von Stefan Pinschke, DL5DG, Heidelberg
Referent für Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Notfunk Deutschland e.V.
E-Mail: pinschke.s@notfunk-deutschland.de
Telefon: 0151-23528980

Studie des Deutschen Bundestags zu Stromausfällen in Deutschland

Der Bundestagsausschuss für Technikfolgenabschätzungen hat eine umfangreiche Studie zu den Folgen eines großflächigen und langandauernden Stromausfalls und den möglichen Gegenmaßnahmen in Auftrag gegeben. Hierbei wurden auch die Auswirkungen auf die öffentliche und behördliche Informations- und Kommunikationsinfrastruktur – insbesondere der Krisenstäbe und Einsatzleitungen – untersucht. Als Ursache für eine solche Krisensituation werden unter anderem Naturkatastrophen, Unglücksfälle, terroristische Angriffe und technisches Versagen genannt.

Die Studie stellt fest: "Die Folgen eines großräumigen, langfristigen Stromausfalls für Informationstechnik und Telekommunikation müssen als dramatisch eingeschätzt werden." Im Bereich der öffentlichen Kommunikationsinfrastruktur würden Dienste wie Mobil- oder Festnetztelefonie sofort, spätestens aber nach wenigen Tagen ausfallen.

Die Krisenstäbe und Einsatzleitungen, die je nach Ausdehnung einer Schadenslage auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene gebildet werden, wären ebenfalls von den Folgen betroffen. Deren Aufgabe ist es, Lagebilder zu erstellen, Informationen weiterzuleiten, Einsatzmittel zu beschaffen und zu verteilen und die Einsatzkräfte zu koordinieren. Hierzu sind sie auf funktionierende Kommunikationsinfrastrukturen angewiesen, die jedoch durch den Stromausfall nicht mehr in ausreichendem Maß verfügbar wären.

Die flächendeckende Einführung des digitalen behördlichen Funksystems TETRA scheint laut Studie die Situation zu verschärfen: "Unter dem Aspekt der Stromabhängigkeit scheint die Umstellung auf TETRA eine Verschlechterung zu bringen. Während die analogen Relaisstationen noch über eine Notstromversorgung von vier bis acht Stunden verfügten, sind die Basisstationen im neuen System nur noch auf eine batteriebasierte Überbrückung von zwei Stunden ausgelegt." Zusammenfassend wird festgestellt: "Für den Fall eines großflächigen und langfristigen Stromausfalls wäre der Behördenfunk denkbar schlecht vorbereitet."

Die Krisenstäbe und Einsatzleitungen könnten zwar auf mobile Funkeinrichtungen und leitungsgebundene Kommunikationssysteme von Bundeswehr und THW zurückgreifen, jedoch ist die Zahl dieser Ersatzsysteme stark begrenzt. Zudem ist das digitale Daten- und Sprachfunksystem (TERAPOL) der Bundeswehr nicht kompatibel zum TETRA-System der Behörden und Hilfsorganisationen. Die Unterstützung der Krisenstäbe durch Notfallmaßnahmen der Telekommunikationsunternehmen ist ebenfalls "fraglich".

Die Studie kommt zu folgendem Schluss: "Es verbleiben im Wesentlichen zwei (elektronische) Kommunikationsmittel – Amateur- und Satellitenfunk (...)" Der Amateurfunk wird hier besonders hervorgehoben, da die "energietechnischen Anforderungen an Amateurfunkgeräte sehr gering" sind. Es wird weiterhin festgestellt, dass nach dem derzeitigen Sachstand die beiden alternativen Kommunikationssysteme auch "nur für einen minimalen Ersatz der üblichen Kommunikationsströme sorgen können".

Der aktuelle Stand der Vorbereitung auf einen Stromausfall wird insgesamt pessimistisch beurteilt: "Im Blick auf die hochgradige Verletzbarkeit Kritischer Infrastrukturen (...) scheint "das deutsche System des Krisenmanagements" (BMI 2008) manchen Beobachtern noch nicht ausreichend vorbereitet." Die Studie empfiehlt für eine Vorbereitung auf derartige Krisensituationen: "Sollen die entsprechenden Akteure erfolgreich zusammenarbeiten, muss die Vielzahl unterschiedlicher Führungs- und Kommunikationsstrukturen auf Bundes- und Landesebene bestmöglich abgestimmt sein." Und: "Vorurteile und Kommunikationsbarrieren treten insbesondere dann zutage, wenn sich Einsatzkräfte nicht kennen. Umgekehrt sprechen viele Indizien dafür, dass Blockaden reduziert werden können, wenn die Beteiligten durch lokale Nähe, gemeinsame Übungen oder Einsatzerfahrungen ein besseres gegenseitiges Verständnis von den jeweiligen Aufgaben und Rollen gewinnen."

Quelle: "Gefährdung und Verletzbarkeit moderner Gesellschaften – am Beispiel eines großräumigen und langandauernden Ausfalls der Stromversorgung", Bericht des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, 27. April 2011, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/056/1705672.pdf>

Notfunk Deutschland e.V. wurde 2007 gegründet und hat derzeit 42 Mitglieder. Ziel des Vereins ist es, deutsche Behörden und Hilfsorganisationen im Katastrophenfall mit zusätzlichen Ressourcen zur Funkkommunikation zu unterstützen.

Das Konzept von Notfunk Deutschland e.V. beruht auf einer speziellen Ausbildung seiner Mitglieder, lokalen Kooperationsverträgen mit Bedarfsträgern und der Verwendung von Amateurfunktechnik. Neben der Standardisierung der technischen Schnittstellen wird auch der Selbstschutz der Notfunker durch entsprechende Ausrüstung propagiert. Notfunk Deutschland e.V. pflegt einen engen Kontakt zu Behörden und Organisationen des deutschen Zivilschutzes und kennt daher die Erfordernisse an den Notfunk.

Interessierten Lesern stehen unter www.notfunk-deutschland.de detaillierte Informationen zur Verfügung.